

Fraktion DIE LINKE
Fraktion DIE FRAKTION
KLIMA FREUNDE

An

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 02.12.2021

AN/2636/2021

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.12.2021

Beitritt der Stadt Köln zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragstellerinnen bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 14.12. zu nehmen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln unterstützt die Forderung der Städteinitiative *"Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr"*, den Kommunen mehr Entscheidungskompetenzen zur Festlegung stadtverträglicher Geschwindigkeiten im Verkehr zu gewähren.
2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Städteinitiative im Namen der Stadt Köln zu unterzeichnen.

Begründung:

Sicherheit, Lärmschutz, Schadstoffreduzierung... – viele Gründe sprechen dafür, eine Geschwindigkeit von 30 km/h zur Regelgeschwindigkeit im Stadtgebiet zu machen. Bislang sind die Möglichkeiten der Kommune jedoch sehr eingeschränkt, wenn sie Tempo 30 für weitere Straßenabschnitte festlegen will.

Mehrere Städte haben nun eine Initiative gestartet, mit der Bund und Länder den Kommunen Regelungsmöglichkeiten zugestehen sollen, die weiter gehen als bisher. Die Bürgermeis-

ter*innen von Freiburg, Leipzig, Aachen, Augsburg, Hannover, Münster und Ulm gehören zu den Erstunterzeichner*innen:

<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2021/staedteinitiative-tempo-30-kurzpapier-2021.pdf>

Die Städteinitiative fasst ihre Ziele in den folgenden vier Punkten zusammen:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Das Ziel einer Mobilitäts- und Verkehrswende wird auch von einer Mehrheit des Kölner Rates verfolgt. Daher sollte die Stadt Köln der Städteinitiative beitreten und sich gegenüber Bund und Land dafür einsetzen, die Regelungskompetenzen zu erhalten, die für ein Erreichen der Mobilitätswende notwendig sind.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Michael Weisenstein
Geschäftsführer
Fraktion DIE LINKE

Michael Hock
Geschäftsführer
Fraktion DIE FRAKTION

Nicolin Gabrysch
Einzelmandatsträgerin
KLIMA FREUNDE